

Zeitschrift: Mitteilungen über Textilindustrie : schweizerische Fachschrift für die gesamte Textilindustrie

Herausgeber: Verein Ehemaliger Textilfachschüler Zürich und Angehöriger der Textilindustrie

Band: 77 (1970)

Heft: 3

Rubrik: Wirtschaft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

haben. Monsieur 1970 fürchtet sich nicht vor Farben: er trägt ein zum Stoff seines Anzugs assortiertes Hemd, farbenfrohe Halstücher und Krawatten sowie modische Schuhe.

Vier der etwa 100 Kunststoffschalen, die das Ausstellungsgut in der fast 1000 m² messenden Halle aufnehmen, zeigen originelle Modeschöpfungen, die geschickte Frauenhände mit Hilfe von Strick- oder Häkelnadeln und einiger Knäuel Strickgarn herstellen können, denn Handgestricktes und -gehäkeltes ist nach wie vor «in».

Und noch eine Neuerung erwartet die an Stoffen interessierten Besucher der «Création»: Neben den bereits bekannten Signeten für reine Schurwolle, Baumwolle, Seide usw. sind auf den meisten Geweben erstmals deutlich alle darin enthaltenen Materialien mit ihren entsprechenden Prozentanteilen angegeben. Durch den Siegeszug der Chemiefasern sind zahlreiche Mischartikel entstanden, die zur Verarbeitung von Textilien verwendet werden, so dass eine klare und verbindliche Kennzeichnung aller Textilien zu einem wichtigen Dienst am Konsumenten geworden ist.

Marianne Dery

Sonderschau «Madame — Monsieur»

Für die Jahre 1970, 1971 und 1972 wird die Sonderschau «Madame — Monsieur» neu gestaltet. Auftraggeber ist der Schweizerische Verband der Konfektions- und Wäsche-Industrie.

Es kann sich bei dieser Schau nicht um eine aktuelle Modeorientierung handeln — die Frühjahrs- und Sommerkollektionen werden bereits Ende Januar gezeigt, und die Herbstmodelle sind noch nicht bereit —, sondern um die prestigegebundene Präsentation des Schaffens der schweizerischen Bekleidungsindustrie. Einem weiten Publikum soll gezeigt werden, dass dieser Industriezweig eine wesentliche Rolle im schweizerischen Wirtschaftsleben spielt, und dass sowohl punkto Qualität wie Kreativität Bedeutendes geleistet wird. Dieses Anliegen soll auf möglichst interessante und amüsante Art und Weise verwirklicht werden.

Die Ausstellung «Madame — Monsieur» ist dementsprechend in zwei Sektoren geteilt: erstens in eine Leistungsschau, in welcher einige wenige auserwählte gute Modelle präsentiert werden, und zweitens in ein attraktives Modespektakel.

Ueber Form und Inhalt dieses Spektakels soll heute noch nichts verraten werden. Soviel aber als Andeutung: Mode wird auf neue Art präsentiert; das Publikum kann sich selber an dieser Schau beteiligen. Die Bekleidung wird in Beziehung zum Besucher gebracht. Der Besucher wird an der Mode interessiert und kann auch erfahren, ob er in dieser Domäne noch etwas Nachhilfestunden braucht.

Und soviel auch noch: es werden die modernsten technischen Mittel eingesetzt. Dieses neuartige Do-it-yourself-Modehoroskop wird zu einem Hauptanziehungspunkt der diesjährigen Mustermesse werden.

Die Halle «Madame — Monsieur» wird von Hans Looser in Zürich gestaltet. PD

Sprechende Mannequins im Tricot-Zentrum

Es ist schon zu einer liebenswerten Gewohnheit geworden, dass die Modelle aus Maschen nicht nur in einer statischen Darstellung präsentiert, sondern auch an einer Modeschau vorgeführt werden. Die Besucherinnen wissen es zu schätzen, dass die besonders sorgfältig zusammengestellte Schau ihnen Anregungen für die persönlichen Farbharmonien sowie für die Zusammenstellung der Accessoires zu ihrer eigenen Garderobe gibt.

Die Ausstellung — eine Gemeinschaftsschau der schweizerischen Wirkerei- und Strickerei-Industrie — hat sich mit ihrer diesjährigen Gestaltung auf metallblitzende Elemente kapriziert, die in modernem Einklang zu den weissen Podesten stehen. Neben den allerneuesten Kreationen aus Maschen für Damen, Herren und Kinder spielen auch die Wäschekollektionen in zarten Pastellfarben und modisch schlichter Ausführung, die Strumpfhosen in vielfältigen Dessins und Farben sowie gestrickte Mützen, Schals und Handschuhe eine wichtige Rolle.

Die gutdotierte Auskunftsstelle gibt den interessierten Besucherinnen detaillierte Informationen über die verarbeiteten Materialien und die Bezugsquellen der ausgestellten Modelle. PD

Wirtschaft

Zu grosse schweizerische Exporte?

«Die Pflege der Exportwirtschaft bedeutet nicht nur eine der Gesamtwirtschaft zugute kommende Ausdehnung des Marktes, sondern auch eine Teilnahme an der grösseren Fruchtbarkeit der Weltwirtschaft. So ist es denn über den quantitativen Anteil hinaus die erhöhte Produktivität der Exportwirtschaft, die unserem Land die Ertragnisse bringt, die seinen beneidenswerten Lebensstandard ermöglichen.»

Diese von Bundesrat Schaffner ausgesprochene Wahrheit (vgl. Broschüre «Export ist unser Schicksal») schien in der Schweiz eigentlich nie in Frage gestellt zu sein. Im Rahmen des vom Bundesrat geplanten, Anfang 1970 bekanntgegebenen Konjunkturprogramms wurde jedoch auch der Export erstmals in staatliche Dämpfungsmassnahmen einbezogen. Die Exportwirtschaft sah sich plötzlich und gänzlich unerwartet in die Rolle eines Angeklagten versetzt, den man für seinen anscheinend zu gross geratenen Erfolg im Export mit der Erhebung eines Exportdepots von fünf Prozent bestrafen wollte; dieser würde dem Bund oder der von ihm zu bezeichnenden Stelle zinsfrei zur Verfügung stehen und wäre den Exporteuren spätestens in sieben Jahren zurückzubezahlen.

Es versteht sich, dass sich die Exportwirtschaft wie ein Mann gegen eine derartige Ausfuhrerschwerung erhob und alles ins Feld führte, was zur Ablehnung dieser Massnahme durch die eidgenössischen Räte in der Märzsession beitragen könnte. Wie dieser Entscheid auch lauten wird (bei Niederschrift dieser Zeilen ist noch alles offen), ist vorerst einmal festzustellen, dass sich die schweizerischen Industriezweige bisher immer wieder gegen staatliche Export-

förderungsmassnahmen und Importrestriktionen des Auslandes durchzusetzen hatten; noch nie musste sich die schweizerische Exportwirtschaft indessen gegen staatliche Massnahmen des eigenen Landes zur Wehr setzen, die den Zweck haben, ihre Ausfuhrmöglichkeiten einzuschränken. Wie lange wird es wohl dauern, bis man wieder an die Exporteure appelliert, ihre Anstrengungen zu vermehren, um den Anteil der Schweiz am Weltmarkt zu halten oder gar zu erhöhen? Wer schon selber aktiv an einem Exportgeschäft beteiligt war, weiss, welcher Anstrengungen es bedarf, um erfolgreich zu sein, und weiss, wie schnell ein ausländischer Kunde verloren geht, wenn man nicht in jeder Hinsicht international wettbewerbsfähig ist und bleibt. Ein Exportdepot von fünf Prozent wäre bestens dazu geeignet, vielen schweizerischen Exporteuren das Geschäft zu verderben, sehr zur Freude ausländischer Konkurrenten, die sich von ihren Staaten im Aussenhandel an andere – fördernde und nicht hemmende – Massnahmen gewöhnt sind.

Mit der vom Bundesrat vorgesehenen Ausfuhrerschwerung würde sodann nicht die Exportwirtschaft als Ganzes gemassregelt; das Depot wäre nur von den Exporteuren selber zu entrichten, nicht aber von den wohl noch zahlreicheren Unternehmen jeder Grössenordnung, welche für die Exportfirmen produzieren. Der Unternehmer mit dem grössten Risiko würde also vor allen andern auf die Hörner genommen. Den sehr unterschiedlichen Verhältnissen der einzelnen Branchen und den teilweise weit auseinanderklaffenden Verdienstmargen würde ein generelles Exportdepot von fünf Prozent überdies in keiner Weise Rechnung tragen. Es würden vor allem kleinere und mittlere Betriebe benachteiligt, deren eigene Mittel zu wenig gross sind, um einen Teil davon während Jahren einfach einfrieren lassen zu können; das herausgewirtschaftete Geld benötigen sie dringend für die Finanzierung weiterer Investitionen zur Rationalisierung der Betriebe. In der Textilwirtschaft, wo die Wettbewerbsintensität international wohl am ausgeprägtesten ist, wären viele Firmen froh, es bliebe ihnen bei allen Artikeln eine Verdienstmarge von mindestens 5 Prozent. Die Verdienstmarge ist bei textilen Rohstoffen und Abfällen, Halb- und Fertigfabrikaten, von Ausnahmen abgesehen, ganz allgemein so knapp, dass ein Exportdepot, falls man die Konkurrenzfähigkeit der betroffenen Firmen nicht in schwerwiegender Weise verschlechtern will, gar nicht ernsthaft in Betracht gezogen werden kann.

Wenn sich die Textilindustrie gegen das Exportdepot energisch zur Wehr setzte, so tat sie dies im Bewusstsein, dass viele ihrer durchrationalisierten Betriebe bereits wegen der Fremdarbeiterregelung ausserordentlichen Schwierigkeiten gegenüberstehen. Die bedeutenden Investitionen, die in den letzten Jahren für die Modernisierung und Rationalisierung der Produktionsstätten vorgenommen wurden, erheischen die volle Ausnutzung der erhöhten Kapazitäten; dazu braucht es ungeschmäleren Absatz, vornehmlich im Ausland, und genügend Arbeitnehmer. Das Fremdarbeiterproblem wurde nicht von der Textilindustrie geschaffen; sie beschäftigt bei stark erhöhter Produktivität und Produktion als einziger der grossen Wirtschaftszweige weniger Leute als vor zehn Jahren. Es ist ein Widerspruch, die Fremdarbeiterzahl zu beschränken und die Industrie damit zu vermehrten Investitionen zu veranlassen und gleichzeitig vielen Firmen durch Massnahmen à la Exportdepot einen Teil der zur Finanzierung der Investitionen nötigen Mittel zu entziehen.

Der seit jeher äusserst scharfe internationale Konkurrenzkampf – der Grund für schmale Verdienstmargen und re-

lativ bescheidene Rentabilität der Betriebe – konnte von den führenden schweizerischen Textilfirmen, die teilweise bis 90 und mehr Prozent ihrer Produktion exportieren, nur dank hervorragenden unternehmerischen Leistungen erfolgreich bestanden werden. Die Verfügung eines Exportdepots wäre ein Querschlag, der unabsehbare nachteilige Folgen haben müsste. Mit ihrem jährlichen Export im Werte von zurzeit rund 1,8 Milliarden Franken (gegenüber 1,1 Milliarden im Jahre 1960) stellt die Textilwirtschaft nach wie vor einen Hauptpfeiler in der schweizerischen Volkswirtschaft dar. International erfreut sich die schweizerische Textilindustrie, in welchem Kontinent oder Land es auch sei, mehr denn je eines erstklassigen Rufes, und es wäre völlig verfehlt, ihr im Export von Staates wegen nun Schwierigkeiten zu machen; der damit angerichtete Schaden wäre nicht so rasch wieder gutzumachen, denn ein Exportgeschäft ist schneller verloren als wieder in Gang gebracht. Die Textilindustrie lehnt deshalb die Erhebung eines Exportdepots in der vom Bundesrat vorgesehenen Form auch für die weitere Zukunft strikte ab.

Nach dem Sturm, den die vom Bundesrat überraschend geplante Exporterschwerung entfesselte, stellen sich auch verschiedene Fragen grundsätzlicher Natur: Warum hat man in einer so wichtigen Angelegenheit so überstürzt gehandelt und kein ordentliches Vernehmlassungsverfahren durchgeführt? Was würde man mit der staatlich subventionierten Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung anstellen, wenn man tatsächlich ein Exportdepot zur Bremsung des Exports erhöhe? Hat man seinerzeit unsere Gesandten im Ausland nicht auch teilweise mit der Begründung in den Rang von Botschaftern erhoben, sie sollten in Fragen des Aussenhandels mehr Gewicht haben? Fürwahr, die eingangs erwähnten Erkenntnisse unseres vor wenigen Monaten aus dem Amt geschiedenen Volkswirtschaftsministers scheinen vorübergehend in Vergessenheit geraten zu sein. So rasch können die Ansichten wechseln. Das Exportgeschäft ist aber kein «Schleck», in dessen Genuss man fast von selbst kommt, sondern ein Unternehmen, hinter dem eine mit vielen Unsicherheiten behaftete immense Aufbau- und Ausbauarbeit steckt, eine Arbeit, die man nicht mit einem Federstrich am Grünen Tisch durchkreuzen und erschweren sollte. Die modernen Unternehmen der schweizerischen Textilindustrie sind sich ihrer Leistungsfähigkeit bewusst und erwarten ihr Heil deshalb nicht in erster Linie vom Staat. Staatliche Massnahmen, die ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit beschränken könnten, müssen sie um so mehr mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Ernst Nef

Firmennachrichten (SHAB)

(Auszug aus dem Schweizerischen Handelsamtsblatt)

Textile Dynamics AG, in Zürich 1, Vertrieb von Maschinen aller Art, insbesondere Textilmaschinen usw. Diese Firma wird infolge Verlegung des Sitzes nach Zug im Handelsregister des Kantons Zürich von Amtes wegen gelöscht.

Feldmühle AG, in Rorschach, Fabrikation und Verkauf von Chemiefasern und Folien aller Art usw. Kollektivunterschrift zu zweien wurde erteilt an Ir. Godefried R. D. Kloeg, Direktor, und Drs. Carel Weide, Vizedirektor, beide holländische Staatsangehörige, in Rorschacherberg, und Kollektivprokura zu zweien an Hans Gnädinger, in Rorschach.

Die handelspolitische Situation in den USA

Mitte Februar sind die offiziellen Abrechnungen über die amerikanische Zahlungs- und Handelsbilanz für das Jahr 1969 bekannt geworden. Das Zahlungsbilanzdefizit erreichte 7 Milliarden Dollar oder — anders ausgedrückt — nicht weniger als das Doppelte des höchsten bisherigen Defizits im Jahre 1960. Bis vor wenigen Jahren hatte der Güteraus-tausch einen kräftigen Aktivposten innerhalb der Zahlungs-bilanz dargestellt. Nun ist auch der Handelsbilanzüberschuss auf knapp 700 Millionen Dollar zusammengeschmolzen — auf siebenmal weniger als noch Mitte der sechziger Jahre.

Dass angesichts dieser Situation nach Mitteln gesucht wird, die Lage zu verbessern, ist nicht erstaunlich. Die Gründe, die auf dem Aussenhandelsgebiet zu der eben genannten Situation geführt haben, sind bekannt. Die amerikanische Industrie ist nicht mehr in allen Teilen konkurrenzfähig. Das Lohnniveau ist hoch und weiterhin im Steigen begriffen. Die arbeitsintensiven Produkte sind zu teuer geworden und werden auf dem eigenen Heimmarkt durch billigere importierte Waren bedrängt. Die betroffenen Industrien rufen nach Schutzmassnahmen.

Seit dem Ende der Kennedy-Runde sind — teilweise sehr lautstark — viele protektionistische Begehren vorgetragen worden. Noch sind aber in Washington keine konkreten Ent-scheide gefallen. Man schreckt vor der Komplexität der welthandelspolitischen Probleme und der Unsicherheit über die eigene Verhandlungsposition in diesem Zusammenhang zurück. Es wird eben nicht vergessen, dass alles getan werden muss, um den früher bedeutenden europäischen Markt für amerikanische Landwirtschaftsprodukte zu erhalten und wenn immer möglich wieder auf die früheren Pro-portionen auszuweiten. Aus diesem Grunde sind die ameri-kanischen Landwirtschaftskreise, die eine breite Wähler-schaft hinter sich haben und über ein wirkungsvolles Wa-shingtoner Lobby verfügen, jedenfalls heute noch im wesent-lichen liberal gesinnt. Ein wichtiger, aufnahmefähiger Markt für viele Industrie- und Agrargüter ist aber auch Japan. Das Inselreich im Fernen Osten ist zur zweitgrössten Wirtschafts-macht der freien Welt aufgestiegen. Dennoch behindern die Japaner auf etlichen Gebieten die Einfuhren mit mengen-mässigen Beschränkungen. Die japanische Zulassungspolitik für ausländische Investitionen ist altertümlich geblieben und treibt die wichtigsten Wirtschaftspartner — unter ihnen die USA — fast zur Verzweiflung. Andererseits wiederum haben die europäischen Industrieländer wie Japan alles Interesse, den relativ freien Zugang zum grossen amerikanischen Markt aufrecht zu erhalten. So wird denn zurzeit in Washington, Brüssel, London und Tokio eine handelspolitische Gratwan-derung betrieben, die keine grösseren Auseinandersetzungen zulässt.

Eine nüchterne Beurteilung zeigt, dass in den USA heute andere Probleme als diejenigen der Handelspolitik den Vor-rang haben. Es sind der Vietnamkrieg, die Rückstände in der Infrastruktur der Städte, die Unrast der Jugend und anderes mehr, welche die führenden Köpfe in Washington vorerst beschäftigen. Damit aber ist die handelspolitische Führerrolle, welche Amerika bis und mit der Kennedy-Runde in der Gemeinschaft der Industrieländer ausgeübt hat, offen-sichtlich herrenlos geworden. Es mangelt an klaren Perspek-tiven für eine weitere und weltweite liberale Ausgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Man wird froh

sein müssen, wenn es gelingt, den bisher erreichten liberalen Besitzstand zu wahren.

In dieser Perspektive sind nun die USA im Begriff, den Weg einer selektiven Handelspolitik einzuschlagen und dort ein-zuschreiten, wo die Einfuhren rapid zunehmen und die ame-rikanischen Produzenten auf dem eigenen Markt beengen. Die Frage ist auf dem Gebiet der *Textilprodukte* besonders aktuell geworden. Hier hat Präsident Nixon vor anderthalb Jahren ein Wahlversprechen abgegeben, dessen Einlösung ihm nun schwer fällt. Die Vorschläge der Vereinigten Staaten, ein internationales Abkommen über mengenmässige Import-restriktionen für Textilprodukte aus Wolle sowie aus künst-lichen und synthetischen Fasern (ähnlich dem bereits be-stehenden Baumwollabkommen, dem die Schweiz nicht an-gehört) einzuführen, stiessen bei den Handelspartnern auf kein Verständnis. Zurzeit versuchen nun die USA, zumindest die ostasiatischen Länder Japan, Hongkong, Korea und For-mosa zu einer freiwilligen Beschränkung ihrer Exporte nach Nordamerika zu veranlassen. Wir Europäer haben allen Grund, solche Bemühungen mit einer gewissen Skepsis zu verfolgen; die Gefahr besteht, dass diese Länder ihre Textil-massenprodukte alsdann vermehrt auf dem zwar etwas ent-fernteren und weniger leicht zu bearbeitenden europäischen Markt abzusetzen versuchen könnten. Indessen ist den Ame-rikanern bisher auf diesem Weg der Erfolg versagt geblieben. Die USA werden jedoch weiter insistieren und wohl bald einmal — und noch wesentlich deutlicher als bisher — mit der Einführung von Importquoten, einer der härtesten han-delspolitischen Massnahmen, drohen.

Am 19. November 1969 hat Präsident Nixon dem Kongress die seit langem erwartete allgemeine Aussenhandelsvorlage zugeleitet. Sie trägt die Bezeichnung «Trade Expansion Act 1969». Ob sie ihrem Namen wirklich Ehre macht, ist eine mehr als offene Frage. Sie wird zwar, wenn ihr der Kongress zustimmt, auf dem Gebiet der Chemieprodukte eine Liberali-sierung bringen, die auch der Schweiz zugute kommt und einer bald drei Jahre alten Zusage der USA in der Kennedy-Runde entspricht.

Mit einer gewissen Sorge nehmen wir jedoch von den Vor-schlägen der Administration Kenntnis, die Voraussetzungen zur Anwendung der «*Escape Clause*» wesentlich zu erleich-tern. Die Ergreifung der «*Escape Clause*» (auf deutsch: Aus-weichklausel) bedeutet eine oft massive Erhöhung der Ein-fuhrzölle. Sie ist in den internationalen Abkommen, z. B. dem GATT, unter gewissen Bedingungen zugelassen. Diese Be-dingungen sind indessen im neuen Gesetzesvorschlag nicht durchwegs beachtet worden. Geht man davon aus, dass der Kongress, für den 1970 ein Wahljahr ist, die neuen «*Escape Clause*»-Vorschriften weiter verwässert — dies vielleicht auch unter dem Eindruck der ungünstig verlaufenden Textilver-handlungen —, so müssen wir für die Zukunft mit handels-politischen Schwierigkeiten rechnen. Es wird wohl zu Ver-fahren vor der amerikanischen Tarifkommission kommen, welche das Vorhandensein der Voraussetzungen zur Aus-weichklausel zu prüfen hat. Die schweizerischen Exporteure, gerade auch auf dem Textilgebiet, tun gut daran, die weitere Entwicklung in Washington aufmerksam zu verfolgen und im Hinblick darauf mit den amerikanischen Importeuren enge Verbindung zu halten. In Anbetracht des starken politischen Drucks seitens der mehrheitlich protektionistisch eingestell-ten Industrie und der Gewerkschaften wird es grosser An-strengungen bedürfen, den bisher nur wenig behinderten Zugang zum amerikanischen Markt beizubehalten. Gerade dies ist aber für die Schweiz von grosser Bedeutung; sie

Schweizerischer Textilaussenhandel mit den USA

	Schweizerische Einfuhr				Schweizerische Ausfuhr			
	1967		1968		1967		1968	
	Tonnen	Mio Fr.	Tonnen	Mio Fr.	Tonnen	Mio Fr.	Tonnen	Mio Fr.
Baumwolle, roh	8 747	24,7	5 852	15,7				
Chemiefasern, -garne	3 078	21,1	3 388	23,9				
Gewebe aus Seide und Chemiefasern	123	3,7	112	3,5				
Wirk- und Strickwaren	86	5,8	76	5,3				
Bekleidungswaren	315	19,9	362	21,0				
Total	12 349	75,2	9 790	69,4				
Gewebe aus Seide und Chemiefasern	.	.	.	.	175	14,0	240	19,2
Chemiefasern, -garne	.	.	.	.	2 111	11,9	1 501	8,7
Bänder aus Textilien	.	.	.	.	109	3,7	149	5,2
Garne aus Wolle	.	.	.	.	54	1,5	63	1,5
Gewebe aus Wolle	.	.	.	.	155	5,9	172	6,5
Garne aus Baumwolle	.	.	.	.	187	2,1	173	1,6
Gewebe aus Baumwolle	.	.	.	.	308	9,4	280	9,8
Stickereien	.	.	.	.	109	11,6	100	10,9
Wirk- und Strickwaren	.	.	.	.	123	12,4	160	13,2
Bekleidungswaren	.	.	.	.	79	8,9	79	9,0
Total					3 410	81,4	2 917	85,6

muss in der Lage sein, Absatzverluste, die sie zufolge der Zolldiskriminierung innerhalb Europas erleidet, auf den wichtigsten Drittmärkten auszugleichen. Diese Drittmärkte, zu denen Nordamerika gehört, müssen ihr unter allen Umständen offen bleiben.

So deutet denn vieles darauf hin, dass die handelspolitischen Sorgen des schweizerischen Industriellen in Zukunft eher zu- als abnehmen werden. Dies trifft nicht zuletzt auch deshalb zu, weil Zollerhöhungen oder andere Importerschwerisse eines Staates erfahrungsgemäss Retorsionen anderer Länder zur Folge haben. Offene Märkte unter reziproken Bedingungen waren von jeher eine Grundbedingung für das Wohlergehen der schweizerischen Industrie. Indessen scheint es heute weltweit zur Sitte zu werden, interne Wirtschaftsprobleme an der Grenze anstatt im eigenen Hause regeln zu wollen. Innenpolitisch gesehen ist dies zwar oft einfacher – es ist aber bis heute noch kein einziges wirtschaftliches Problem auf diese Weise gelöst worden.

Rudolf Bosshard

Aktuelle Probleme einer europäischen Textilpolitik

An der Generalversammlung des Vereins Ehemaliger Textilfachschüler Zürich und Angehöriger der Textilindustrie (VET) vom 23. Januar 1970 in Horgen hielt Dr. Friedrich Richter, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes der Deutschen Textilindustrie, Frankfurt am Main, ein interessantes Referat über aktuelle Probleme einer europäischen Textilpolitik, welches wir nachstehend in Form eines Auszuges zum Abdruck bringen.

Red.

Ursprünglich war mir zugedacht, vor Ihnen über die «Zukunftsaussichten der Textilindustrie, vom gesamteuropäischen Standpunkt aus gesehen», zu sprechen. Ein Prognose-Thema, an das ich mich nur ungern herangewagt hätte, nachdem ich ein Wort gelesen habe, das dem Zürcher Nationalökonom Friedrich Lutz zugeschrieben wird: «Bei Durchsicht der nationalökonomischen Literatur seien nirgends eklatant richtige Prognosen zu finden. Freilich sei auch viel Zutreffendes gesagt worden, und in der Masse des Behaupteten müsse nach dem Gesetz der Wahrscheinlichkeit auch etwas Richtiges sein.» Ich möchte daher von der Kühnheit der Prognose zunächst einmal abgehen und mich mit den aktuellen Fragen europäischer Textilpolitik befassen.

Drei Vorbehalte sind hierzu anzumelden: Ich bin kein Techniker und habe Ihnen daher heute keine Darstellung der Vorgänge der Gegenwart und der übersehbaren Zukunft im technischen Bereich zu geben. Der zweite Vorbehalt ergibt sich daraus, dass man durch die kurze Bemessung der Vortragszeit natürlicherweise gezwungen ist, sehr zu vereinfachen und manche Varianten zu nivellieren. Ich bin also gezwungen, manches, was sich beispielsweise für die Wolle- oder die Chemiefasererzeugung oder -verarbeitung oder -ausrüstung und deren Entwicklung differenziert darstellt, hier ein wenig zusammenzufassen, damit ein Gesamtbild entsteht. Schliesslich bitte ich ausserdem um Verständnis, und das ist der dritte Vorbehalt, dass, wenn man sich mit den Problemen der deutschen Textilindustrie und auch von Zeit zu Zeit als Mitberater bei Comitextil – dem Zusammenschluss der EWG-Textilindustrie – mit den Problemen der Nachbarindustrien beschäftigt, diese Beschäftigung immer nur unvollkommen sein kann, weil man sich auch nicht immer ein Urteil über die Entwicklung in jedem Nachbarland zutrauen kann.

Zur Lage

Es gibt eine grosse Zahl von Prognosen über die *Entwicklung des Textilverbrauchs in Europa*. Wir selbst haben uns in unserem Hause der deutschen Textilindustrie mit all diesen Prognosen beschäftigt, mit ihrer Beurteilung der Verbrauchsentwicklung, und wir sind auf Grund der Entwicklung in unserem Lande in den letzten zehn Jahren zu einer Beobachtung gekommen, die zugleich eine gewisse Aussage für die übersehbare Zukunft ist: Der Anteil an den Verbrauchsausgaben, der auf Textilien verwendet wird, hat im letzten Jahrzehnt bei uns immer wieder zwischen 11 und 12 % geschwankt. Das scheint in allen Ländern mit hohem Lebensstandard ähnlich zu sein, und es spielt beim sich haltenden Textilverbrauch auch das Prestige eine Rolle. Textilien werden zwar durch andere Dinge substituiert, aber Textilien substituieren selbst auch wieder Artikel anderer Industriezweige, und dem zeitweiligen Kapazitätsüberhang, der sich durch den technischen Fortschritt und die Wellen der Investitionspolitik ergibt, steht diese Kontinuität gegenüber. Nun zu der *technisch-wirtschaftlichen Entwicklung*: Wir stehen in der Textilindustrie der Sechszehn des Gemeinsamen Marktes, besonders ausgeprägt in Deutschland, in einer Phase hohen technischen Fortschrittes mit einem sehr schnellen, weiteren Übergang zu höherer Kapitalintensität, mit zunehmendem Zwang zu hoher Ausnutzung, möglichst in drei Schichten, und mit einem Investitionsbedürfnis, das nur von der Ertragsfähigkeit und von der Beurteilung der richtigen Investitionspolitik während der jeweiligen Rezessionen durch die Unternehmer abhängig ist. Ich darf Ihnen zwei Vergleichszahlen nennen: Der durchschnittliche Nettoproduktionswert eines Beschäftigten in der deutschen Textilindustrie ist von 9900 DM im Jahre 1958 auf 20 500 DM im Jahre 1968 gestiegen, und wir liegen mit diesen 20 500 DM in 1968 etwas über dem Durchschnitt der Verbrauchsgüterindustrie und ganz leicht über dem Durchschnitt der Investitionsgüterindustrie deren Zuwachs in den letzten Jahren nur 50 % des textilindustriellen Zuwachses betrug, und glauben, daraus ableiten zu können, dass man unsere Industrie bei der Analyse derer, die einen Wachstumstrend haben, durchaus in diese Gruppe einordnen sollte. Ich darf Ihnen eine andere Vergleichsreihe nennen:

	Indexwerte		Produktivitätszuwachs von 58—66
	1958	Beschäftigtenzahl Jahr 1966	
Bundesrepublik			
Deutschland	100	86	169,8
Frankreich	100	90,5	151,4
Italien	100	91	145
Belgien	100	97,6	130
Holland	100	90,6	120

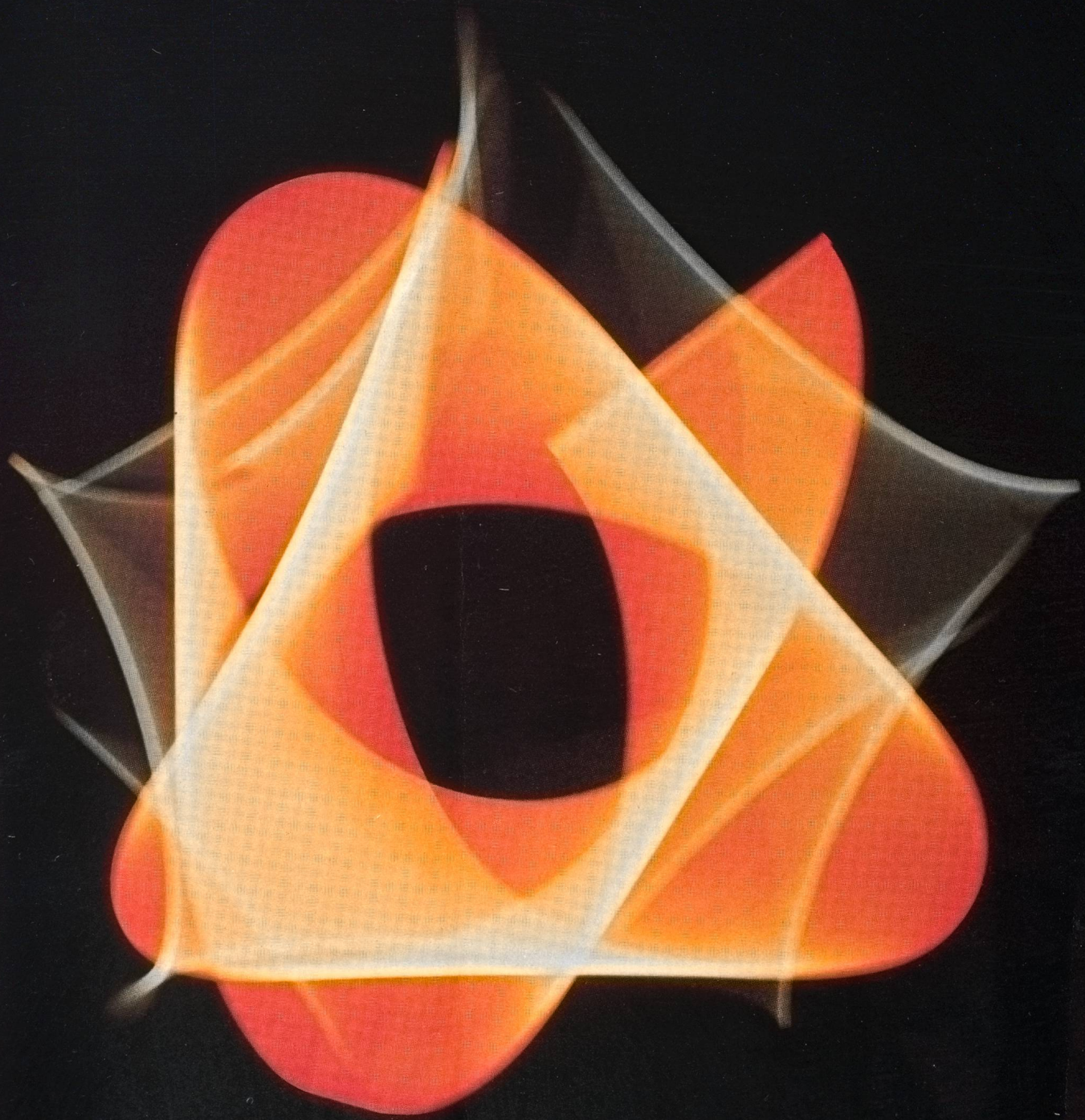
Diese Zahlen zeigen eine Tendenz — mit Vorbehalten zur Berechnungsmethode und zur Lage im Jahre 1958, denn der Ausgangspunkt für diesen Index ist natürlich mit von Bedeutung —, dass durch Rezessionen und Haussen hindurch ein schneller Fortgang eines Prozesses der Produktivitätssteigerung gelaufen ist. Er wird sich noch fortsetzen müssen für die Zukunft. Denn der Zwang zur höheren Ausnutzung ist gross, der Zwang zu Fusionen, Konzentrationen und auf der anderen Seite zu Stilllegungen, um im Schnitt in den Unternehmen mit Stapelproduktion an amerikanische und ostasiatische Ausnutzungsverhältnisse heranzukommen.

Schliesslich zur *Zahl der Beschäftigten*: Wir haben in der Textilindustrie der Europäischen Gemeinschaft zurzeit zirka 1,6 Millionen Beschäftigte. Es gibt eine Prognose des Professors der Brandt, Paris-Nanterre, aus dem vergangenen Jahr, der voraussagt, dass bei Fortgang der Entwicklung zur Steigerung der Produktivität und beim Nachziehen der Länder, die etwas weniger schnell vorausgingen, diese Zahl bis 1975 um etwa 300 000 Menschen absinken wird, bei höherer Produktion und bei steigender Produktivität. Es gibt eine zweite Schätzung; sie ist von ihm für den Fall angestellt, dass sich die Regierungen dieser Länder entschliessen sollten, die Einfuhr aus den anomalen Wettbewerbsländern Ostasiens und des Ostblocks völlig freizugeben. Dann würde diese Zahl der herausgehenden Arbeitskräfte ganz erheblich mehr steigen, und sie würde wahrscheinlich regional verteilte sozialpolitische Probleme schweren Gewichts zur Erörterung stellen, während der erste Prozess im Laufe der Jahre vielleicht ohne sozialpolitische Krisen zu bewältigen ist.

Auf dem Wege in einen grösseren Europamarkt

Ich wende mich damit der Frage der *Integration* zu; denn sie ist eine der Kernfragen des Rahmens für die industrielle Produktion und für die unternehmerische Leistung der nächsten zehn Jahre. Gestatten Sie mir, gerade hier in der Schweiz, einen kurzen allgemeinen Rückblick, der zugleich eine erhebliche textile Relevanz hat: Wir erinnern uns, dass die Frage der wirtschaftlichen Eingliederung Europas in den fünfziger Jahren mit einem Gefühl zwin-gender Notwendigkeit gestartet wurde, dass die EWG vorausging, dass aber im Herbst 1958 *der erste Versuch einer Lösung auf dem Wege über eine europäische Freihandelszone gescheitert* ist. Nach diesem ersten Versuch trat die Entwicklung in zwei verschiedenen Richtungen ein: Die Entwicklung der Sieben der EFTA, die sich zunächst einmal auf die Absenkung der Zölle im Innern beschränkte und auf ein grösseres politisches Konzept verzichtete; und daneben stand die EWG-Tendenz, ein grösseres politisches Konzept ins Auge zu fassen, auch wenn dies damals noch nicht die totale politische Union war, aber doch die Vorstellung von einer Wirtschaftsunion mit wachsender erheblicher politischer Relevanz. Man hat zwischendurch, in den Jahren 1965—1967, die Hoffnung gehabt, dass die weltweite Kennedy-Zollrunde wenigstens zu einer wesentlichen Abmilderung der Mauern auch in Europa führen würde. Aber auf dem Textilgebiet ist diese Abschwächung relativ bescheiden gewesen. Ich glaube, wenn man es über den Daumen ganz grob und durchschnittlich bewerten würde, so haben wir bei den *Textilzöllen in Europa* etwa 20 % der bestehenden Zölle untereinander ab-geschliffen; der Grund für dieses bescheidene Ergebnis war, dass fast alle beteiligten Industriestaaten gerade bei Textil und Bekleidung vor einem weiteren Abschleifen zögerten, weil die Senkungen der Zölle innerhalb Europas zwischen EWG und den EFTA-Ländern Drittländern in Uebersee zu-gute gekommen wären, vor deren anomalen Lieferungen man sich gerade gerne etwas mehr geschützt hätte, so dass die Kennedy-Runde auch nicht Entscheidendes dazu beigetragen hat, uns wieder anzunähern.

Die Konferenz vom Haag vom 1. und 2. Dezember 1969 hat nun endlich zu einer ersten Klärung der Situation beigetragen und bringt damit auch ein Textilproblem wieder auf den Tisch, das erhebliche Bedeutung für unsere Industrien haben wird. Im Haag haben die EWG-Regierungen die Streitfrage der letzten Jahre, ob man die EWG erst kräftigen und



**175 Jahre
unternehmerische
Dynamik**



**Maschinenfabrik
Rieter A. G.
Winterthur
Schweiz**

Seit 1795 dient Rieter dem Fortschritt in der Textilindustrie.
Wie, sagen wir Ihnen auf der Rückseite

Wie wird man 175 Jahre alt?

Diese Frage bekommen wir im Zusammenhang mit unserem Firmenjubiläum oft zu hören. Unsere Antwort klingt wie ein Rezept für jene Unternehmungen, die ein ewiges Leben erlangen möchten:

Alles Irdische unterliegt dem Gesetz der Wandlung. Jeder Organismus, der überleben soll, muss sich den veränderten oder wechselnden Existenzbedingungen anpassen können. Wenn er dies nicht kann – oder nicht will –, ist er zum Absterben verurteilt.

Wir haben diese Weisheit nicht als erste entdeckt. Sie stammt aus dem Reich der Naturwissenschaften, ist als Grundgesetz allen Lebens auf unserer Erde bekannt und gilt auch für Unternehmungen und ganze Wirtschaftszweige.

Die 175jährige Geschichte unserer Firma liefert einen eindrücklichen Beweis für die Gültigkeit dieser These. Mehrere grundlegende Wandlungen sind Rieter durch die jeweils herrschenden Verhältnisse aufgezwungen worden. Dabei ist unser Unternehmen nicht nur am Leben geblieben, sondern es hat sich immer wieder erneuert und sinnvoll weiterentwickelt.

Die Lehren aus der wechselvollen Geschichte Rieters gelten in unvermindertem Masse auch für unsere Kunden in aller Welt. Sie müssen ebenfalls beweglich sein und sich den wandelnden Verhältnissen anpassen können, wenn sie überleben wollen. Auch sie müssen den Strukturwandel und die raschen Marktveränderungen beachten und bereit sein, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Und nicht zuletzt müssen sie ihre Betriebsorganisation und ihre Arbeitsmethoden stets nach den neuen Erkenntnissen ausrichten und ihren Produktionsapparat immer wieder dem neuesten

technischen Stand anpassen, damit sie konkurrenzfähig bleiben. Denn heute hat nur noch der moderne Betrieb eine Überlebenschance. Weniger leistungsfähige Firmen werden hingegen von der von allen Seiten anstürmenden Konkurrenz erdrückt oder von der Fusionswelle verschlungen. Das weitverbreitete Betriebssterben «alteingesessener Firmen» in der Textilindustrie spricht eine deutliche Sprache. Die abschreckenden Beispiele von Betriebs-schliessungen enthüllen in anschaulicher Weise, was passiert, wenn

– ein Unternehmen tiefgreifende Wandlungen nicht rechtzeitig zu erkennen vermag

– oder sich allzulange an hoffnungslos Veraltetes klammert

– oder es versäumt, sich neuen Erfordernissen innert nützlicher Frist anzupassen.

Die Kunst, zu überleben

Diesem Thema ist unsere Anzeigenserie zum Jubiläumsjahr 1970 gewidmet. Mit einer «Rückblende» auf die verschiedenen Entwicklungsstufen unserer Firma möchten wir Kunden und Interessenten zeigen, wie Rieter in einer sich wandelnden Welt immer wieder den rechten Weg gefunden hat. Es ist ja die primäre Aufgabe jeder Geschäftsleitung, Bestand und Weiterentwicklung ihrer Firma zu sichern. Dieses Ziel lässt sich aber nur durch wirtschaftliche Erfolge erreichen.

Für alle Unternehmungen, die ihre Zukunftschancen wahren wollen, ist unser Beispiel bestimmt sehr aufschlussreich. Seit 1795 war Rieter stets darauf bedacht, seine Abnehmer konkurrenzfähig und überlegen zu machen und damit zu ihrer Existenzsicherung beizutragen.



**175 Jahre
unternehmerische
Dynamik**



**Maschinenfabrik
Rieter A. G.
Winterthur
Schweiz**

dann ausweiten solle oder ob man kräftigen und gleichzeitig ausweiten solle oder ob man das Ausweiten an den Anfang stellen solle und nachher die innere Kräftigung der Gemeinschaft vollzieht, geklärt. Diese Auffassungen haben im Haag das letztemal miteinander gerungen, und das Ergebnis der Konferenz im Haag ist ein Bekenntnis zur Gleichzeitigkeit der beiden Ziele der inneren Kräftigung und des Erweiterungsversuches. Es ist anerkannt, d. h. die sechs Regierungen stimmten praktisch überein, *dass die innere Kräftigung der Gemeinschaft nicht mehr aufgeschoben werden darf und dass gleichzeitig über die Erweiterung verhandelt werden kann.* Das heisst aber nicht, dass das Gelingen der Erweiterung die Bedingung für die innere Kräftigung ist, sondern die *innere Kräftigung ist ein zwingender Vorgang.*

Die Grossbritannien-Verhandlung wird folgende *textile Fragen* aufwerfen: Die britischen Zölle sind im Schnitt wesentlich höher als diejenigen der EWG. Man wird sich verständigen müssen, ob beide Seiten gleichzeitig senken oder ob die britische Seite ihre *überhöhten Zölle* zunächst heruntersnimmt und dann parallel zur EWG abbaut. Das zweite Problem ist die notwendige Ordnung des Verhältnisses für den textilen Warenverkehr zwischen den *Commonwealth-Ländern*, Indien, Pakistan, Hongkong besonders, Grossbritannien und dem Kontinent, eine Frage, für die man bei früheren Verhandlungen keine Lösung gefunden hatte. Der dritte Komplex ist die Behandlung des Sonderfalles *Hongkong*, der im Textilhandel ja ein Problem aussergewöhnlicher Art stellt. Schliesslich stellen sich aber auch allgemeine industriepolitische Probleme, die für die Textilindustrie von Bedeutung sein werden. Es ist bekannt, dass die EWG zum Mehrwertsteuersystem übergegangen ist, bzw. in Italien und Holland diesen Uebergang nachvollziehen. 1972 ist er vollzogen. In den nächsten Jahren wird die Annäherung der Sätze erfolgen müssen und auch manches Harmonisierungsproblem der direkten Steuer aktuell werden. Daher wird sich bald die Frage der *Aenderung des britischen Steuersystems zur Angleichung an die Mehrwertsteuer* in der EWG stellen. Auf dem industriepolitischen Gebiet stellt der Beitritt Grossbritanniens besondere Probleme, weil die britische Regierung seit etwa zehn Jahren gerade im Verhältnis zur Textilindustrie eine besondere Politik verfolgt, die in den ersten Jahren darin bestand, den notwendigen Schrumpfungsprozess der britischen Baumwollindustrie mit hohen Subsidien zu fördern, die dann darin bestand, die Zusammenführung von Unternehmen zu grösseren Einheiten zu fördern und dazu das Industrial Reorganisation Department einzusetzen, eine grosse Behörde, die mit ihren Ratschlägen und mit ihren Finanzierungshilfen bis tief in die Unternehmensgeschicke eingreift. Hierzu gehört jetzt gerade auch die Erwägung der britischen Regierung, die Bildung grosser Textilmonopole in dem Augenblick zu kontrollieren und in Schranken zu verweisen, da die *Grossen auf dem britischen Markt von der Chemiefasererzeugung bis zu den Verarbeitern in einem ungewöhnlichen Konzentrationsprozess begriffen* sind, der bisherige Massstäbe auf dem Kontinent weit in den Schatten stellt.

Wie steht es nun um die sich automatisch im Anschluss daran bietende *Verhandlungsmöglichkeit* mit der Schweiz, mit Oesterreich und mit Schweden? Theoretisch denkbar wäre ein Freihandelszonenvertrag zwischen einem neutralen Land und der grösseren Gemeinschaft. Theoretisch denkbar wäre irgendeine Art des Anschlusses an die Gemeinschaft mit einem so starken Neutralitätsvorbehalt, dass die neutralen Länder ihre Neutralität unbesorgt wahren können und

vor allen Dingen im Ernstfalle ausüben können. Theoretisch wäre auch denkbar, dass man in engere Beziehungen eintritt als in einer Freihandelszone, in welcher man nur die Zölle angleicht, im übrigen aber die Wirtschaftspolitik nebeneinander laufen lässt, wie jede will, ohne grössere politische Teilziele. Theoretisch denkbar ist auch ein klassischer Handelsvertrag, der bestimmte schweizerische Exportinteressen und Exportinteressen der EWG gegeneinanderstellt, für diese Interessen nach einer Abmilderung des Konfliktes sucht und diese dann unter der Meistbegünstigung im GATT vorlegt und weltweit anwendet. Ich glaube, es wird *viel Phantasie auf beiden Seiten erfordern* — bei Ihnen in der Schweiz und bei uns —, in der Industrie und in den Behörden, *um, wenn sich erst abzeichnet, welche Bedingungen des Beitritts für Grossbritannien im einzelnen gefunden werden, einen Weg zu finden, der zwischen Ihnen und uns die traditionellen Beziehungen auf dem wirtschaftlichen Gebiet wieder so belebt, wie sie vorher bestanden haben.*

Gestatten Sie mir, zum Schluss dieses zweiten Teiles noch auf ein paar *Erfahrungen* zu verweisen, die wir, das heisst die *Textilindustrie* meines Landes, in dem Integrationsprozess *in der EWG* gemacht haben: Wir haben sehr früh verspürt, wie notwendig es wird, neben den Zöllen andere Dinge zu harmonisieren, um zu dem wirklich freien Wettbewerb und den freien Entscheidungen über den Standort der Industrien und die Investitionen zu kommen. Dazu gehört die Koordinierung oder Vergemeinschaftung der Handelspolitik, eine zunehmende Harmonisierung der Steuern, d. h. zunächst der indirekten Steuern, später aber auch der direkten Steuern; letzteres ein ungewöhnlich kompliziertes Problem. Wir haben sehr bald gesehen, dass die Freiheit des Niederlassungsrechtes — und die EWG kommt dazu, sie ist auf dem Wege — ein Essential jeder wirtschaftlichen Union ist, und wir haben leidvoll bemerkt, dass die frühzeitige Herstellung fairen Wettbewerbs zwischen den Staaten auch ein wesentlicher Bestandteil einer solchen Union ist, dass es aber schwer ist, diese Dinge in kurzer Zeit ins Reine zu bringen; denn es verbergen sich in Steuergesetzen und Abfertigungsvorschriften und den technischen Vorschriften in allen Ländern noch eine grosse Zahl von nichttarifaren Hemmnissen, die die freie Entwicklung des grossen Marktes hemmen und denen man in der EWG unter Zugrundelegung des Vertrages auf den Leib rückt, ein Verfahren, das in vielen Streitfragen Jahre dauert. Und gestatten Sie mir noch eine Schlussbemerkung zu diesen Europa-Betrachtungen: Im letzten Jahr ist uns allen noch mehr als zuvor bewusst geworden, dass diese Wirtschaftsunionen und auch die grössere, wenn sie sich in Europa ausweitete, letzten Endes nur gelingen, wenn es eine *Währungsunion* gibt; aber der Weg dorthin ist mit grossen Rätselfeldern gepflastert.

Zur äusseren Handelspolitik der Gemeinschaft und der anderen europäischen Staaten

Das *Zollniveau für Textilien* ist in Europa im Vergleich zur Welt im Durchschnitt nicht extrem hoch. Zu den Niedrigstzollländern gehört auch nach den letzten Senkungen die Schweiz, die Gemeinschaft gehört zu den niedrigen in der Welt, und zu den höheren in Europa gehören Grossbritannien und Oesterreich. Ausserhalb Europas sind die Textilzölle im allgemeinen wesentlich höher. Alle europäischen Regierungen handhaben heute im Verkehr mit Normalländern keinerlei mengenmässige Begrenzungen, aber *viele europäische Regierungen* suchten oder *suchen* mehr oder weniger *nach* geeigneten, heute noch sehr unterschiedlichen

Methoden, um den Wettbewerb aus den Niedrigpreisländern Ostasiens und den Wettbewerb der Staatshandelsländer mit Textil und Bekleidung auf unseren Märkten unter einer gewissen Kontrolle zu halten. Die Instrumente dafür sind bei wohl gleicher Richtung sehr unterschiedlich und auch das Mass der Anwendung dieser Instrumente variiert ausserordentlich von Land zu Land. Wenn man sich, von den Methoden abgesehen, das Mass des Schutzes oder der Vorsorge ansieht, so *divergiert die Wirkung dieses Schutzes ausserordentlich von Land zu Land.* Das eklatanteste Beispiel ist wohl der *Hongkong-Fall*; hier hat die in Deutschland betriebene Handelspolitik zu einem Jahreseinfuhrvolumen von etwa 400–420 Mio DM an Hongkong-Textilien und -Bekleidung in 1969 geführt, während einige andere europäische Länder sich vor diesem Markt praktisch völlig verschliessen, wohl am stärksten bis jetzt noch Frankreich. So *hängt der Anteil, den die eigene Industrie am Markt behalten kann, und die Ertragskraft der eigenen Industrie nach Branchen unterschiedlich davon ab, welche Handelspolitik in Zukunft auf diesem Gebiet gemacht wird.*

Wenn man nach den Mitteln und Wegen der Vereinheitlichung dieser Politik sucht, so gelangt man vor die Frage des Dogmas oder der Philosophie, die dieser Vereinheitlichung zugrundeliegen soll, nämlich der Freihandelsphilosophie in extremster Form. Man gelangt vor die Frage des *Kompromisses* zwischen ein wenig mehr oder weniger Schutz. Man gelangt vor die Frage des «Wie» des Koordinierens so unterschiedlicher Politiken mit entsprechendem Einfluss auf die heute noch unterschiedlich betroffenen Märkte, und man steht vor dem Problem, welches Mass an Souveränität übertragen werden muss, damit eine einheitliche Politik gelingt. *Alles Uebergangstragen im Endstadium der EWG*, die in diesen Monaten, da die ersten gemeinschaftlichen Verträge versucht werden, akut geworden sind. Das *Baumwollwarenabkommen* läuft im Jahre 1970 im September aus, und es wird zur Zeit nach einem GATT-Beschluss vom Dezember versucht, von der Arbeitshypothese einer Dreijahresverlängerung auszugehen und auf der Basis dieser Hypothese zu klären, ob die wesentlichen Signatarstaaten dieses Abkommens bereit sind, es der Arbeitshypothese folgend auch definitiv zu verlängern. *Präsident Nixon* hat mit seiner handelspolitischen Erklärung vom 18. November 1969 die *gleiche Frage* für den *Nicht-Baumwollwarenbereich* angeschnitten, angesichts der zunehmenden Ueberschwemmung bestimmter amerikanischer Märkte mit Textilien aus den ostasiatischen Niedrigpreisländern. Davon abgesehen, befinden wir uns in einer Phase, da in den einzelnen europäischen Ländern, wenn auch mit unterschiedlicher Vehemenz und unterschiedlichem politischem Gewicht, danach gesucht wird, ob es Wege gibt, *die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den Oststaaten zu beleben* und in diesem Rahmen oder als Vorläufer für einen solchen auch auf dem Handelsgebiet das Maximum an Erleichterungen zu gewähren, was gerade noch vereinbar ist mit der unbestreitbaren Tatsache eines unterschiedlichen Wirtschaftssystems, das mit unseren Märkten nicht durch rein marktwirtschaftliche Spielregeln verbunden werden kann. Weiter stellt sich die Frage, wie man den Beschlüssen der Unctad auf eine gemeinsame *Zollpräferenz für die Entwicklungsländer* gerecht werden, dabei aber den Einbruch in die Meistbegünstigung so weit abgrenzen kann, dass sie nicht tödlich verletzt wird. Manche Entwicklungsländer sind auf bestimmten Warengeländen schon hochleistungsfähig, hängen aber auf anderen Warengeländen ausserordentlich nach; daher bedeutet die Gewähr einer Präferenz, wenn man die hochleistungsfähigen Entwicklungs-

länder nicht ganz oder teilweise ausnimmt, eine Verzerrung im Welthandel zugunsten bestimmter Länder oder Produkte. Dieses ganze Programm — hier nur angedeutet — klingt vielleicht für den einen oder anderen etwas protektionistisch. Aber es handelt sich hier um *Ordnungsversuche gegenüber einem Wettbewerb, der entweder staatlich manipuliert ist, oder gegenüber einer Ländergruppe, in der eine Summe verschiedener, den Wettbewerb künstlich beeinflussender Umstände einschliesslich eines extrem niedrigen Sozialniveaus im ganzen dazu geführt haben, dass diesem Wettbewerb mit unternehmerischer Tüchtigkeit allein nicht zu widerstehen ist.*

Wie steht es um eine europäische textile Wirtschaftspolitik?

Als Folge der Integrationen in der Welt, des handelspolitischen Druck von aussen und des Ueberganges von einer reinen Zollunion zu einer intensiveren Form der Wirtschaftsunion beginnt man allenthalben, über ein umfassendes Konzept einer europäischen Textilpolitik nachzudenken. Dazu verleitet auch die *Vielfalt der Interventionen*, die einzelne Staaten zugunsten ihrer Textilindustrie unternommen haben, sei es, dass sie ihre partiell entstandenen Verschrottungsprogramme fördern wollen, sei es, dass sie ihre Industrien mit staatlicher Hilfe an einem für sie geschrumpften Weltmarkt anpassen wollen oder sei es, dass sie aus besonderen regionalpolitischen Erwägungen gerade der Ansetzung von Textil- und Bekleidungsbetrieben in besonders gelagerten Landesteilen eine besondere Präferenz staatlicher Förderung einräumen wollen. Diese sehr unterschiedlichen Staatsinterventionen haben in der Gemeinschaft, aber auch ausserhalb, zur Frage geführt, ob staatlicherseits in Zukunft überhaupt interveniert werden soll oder nicht, oder ob der Wandlungsprozess, der sich natürlich unterschiedlich in den einzelnen Branchen abspielt, dem normalen marktmässigen Ausscheidungswettkampf zu überlassen ist. Und es ist in Verbindung damit immer wieder die *Frage* gestellt, *ob eine so oder so gestaltete äussere Handelspolitik gegenüber den anomalen Wettbewerbern diesen marktwirtschaftlichen Prozess im Innern erleichtert oder bei einem zu schnellen Tempo sogar gefährlich werden lässt.* Diese Fragestellung ergibt sich auch aus den mehr und mehr fortgeführten *Studien der Europäischen Gemeinschaft über mittelfristige Wirtschaftspolitik.* Auch da stellt sich die Frage der voraussichtlichen Entwicklung der Textilindustrie und der staatlichen Beeinflussung ihrer Entwicklung. Es gibt ein Gutachten des französischen Professors de Bandt, der zu dem Schluss gekommen ist, dass eine stärkere Vertikalisierung der Textilindustrie notwendig sei, eine Konzentration, partielle Stilllegungen, höhere Ausnutzung bei Verringerung der Lager, und auch Staatshilfen, um diesen Prozess in fünf Jahren zu vollziehen, und der als Gegengewicht dafür die Vision von einer nach fünf Jahren zu erreichenden völligen handelspolitischen Freiheit erstellt hat. Dem de-Bandt-Bericht folgt jetzt eine analoge Analyse eines Genfer Instituts für die europäische Bekleidungsindustrie. Schliesslich gehört in diese Betrachtungen zu einer europäischen Textilpolitik auch die Frage des Einflusses der *Regionalpolitiken*, die einzelne Länder treiben.

Sie werden fragen, welche *Haltung die deutsche Industrie* zu dieser speziellen Problematik der staatlichen Hilfen auf diesem Gebiet bezogen hat. Wir bekennen uns zunächst zu der absoluten Vertragskonformität des EWG-Vertrages, d. h. zu der Pflicht der Gemeinschaft, das, was an Beihilfen in den einzelnen Ländern entwickelt wird, auf Vereinbarkeit

SWISS POLYESTER

Grilene®



Grob-Fein



NEF+CO

9001 St. Gallen

Tel.: 071/23 36 36

Grob-Fein



Spinnerei Streiff AG

8607 Aathal

Tel.: 051/77 02 92

Effektgarn

Spinnerei und Zwirnerei
Lang & Cie. 6260 Reiden

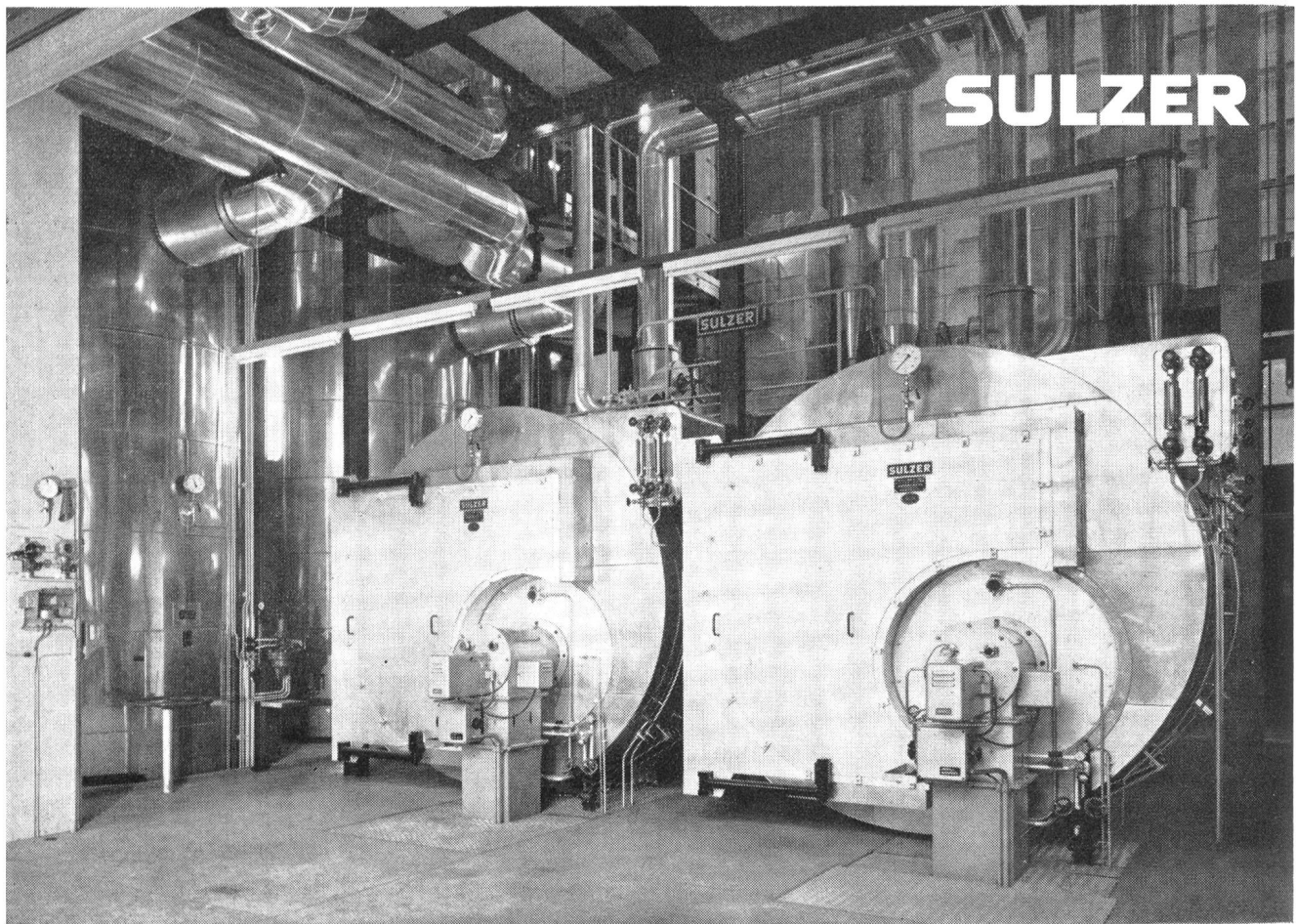
Tel.: 062/81 24 24

Ihre Marketingbemühungen unterstützt

GRILON SA

Marketing Departement

7013 Domat/Ems, Tel. 081/36 23 21
Telex 743 83 Grilon Domatems



2 Sulzer-Dreizugkessel mit automatischer Ölfeuerung in einer chemischen Fabrik. Leistung je Kessel 12,8 bis 16 t/h Sattedampf, Betriebsdruck 12 atü.

Dreizugkessel- Anlagen

Diese modernen Hochleistungskessel haben bei kleinen Hauptabmessungen ein großes Speichervermögen. Bei gleichem Raumbedarf sind deshalb gegenüber früheren Konstruktionen wesentlich höhere Leistungen möglich. Die Kessel eignen sich für Öl-, Gas- und kombinierte Feuerung, Typ DSF darüber hinaus für Kohlenfeuerung. Mit Überdruckfeuerung ausgerüstete Kessel ergeben zudem einen wesentlich einfacheren Aufbau der Gesamtanlage.

Der Kessel Typ DFP mit Leistungen bis zu 10 t/h Dampf wird als betriebsfertige Einheit im Werk komplett zusammengebaut. Der Kesselkörper und alle Hilfsmaschinen sowie das Steuerpult mit den nötigen Regelorganen für Anfahren, vollautomatische Feuerung und Speisung sind auf einem Stahlrahmen aufgebaut.

Der Kessel Typ DSF mit Leistungen bis 16 t/h Dampf wird am Aufstellungsort montiert. In diesem Falle werden alle Hilfsvorrichtungen den örtlichen Verhältnissen entsprechend aufgestellt.

SULZER®

Gebrüder Sulzer, Aktiengesellschaft, 8401 Winterthur
Telephon (052) 811122, Telex 76165

mit dem Vertrag zu prüfen und soweit diese Vereinbarkeit sich als nichtgegeben herausstellt, gegen diese Massnahmen vorzugehen. Wir erkennen, dass eine gewisse regionalpolitische Förderung in den meisten unserer Länder — denken Sie an Mezzogiorno oder an die Zonengrenzgebiete bei uns oder auch an industrieferne Gebiete Frankreichs und Belgiens — notwendig, ja politisch unvermeidbar ist. Aber auch diese darf nach betreutem Territorium und Intensität der Förderung nicht so überborden, dass sie zu einer Wettbewerbsbevorzugung innerhalb einer ganzen Branche führt. Wir können uns breite staatliche Hilfen zur Förderung der Rationalisierung, d. h. Zins-, Steuer- und Kredithilfen oder verlorene Zuschüsse zur Rationalisierung im allgemeinen nur schwer vorstellen, weil sie zu einer Verzerrung der Wettbewerbsbedingungen führen müssen, und können uns Stilllegungshilfen des Staates nur für ganz besonders gelagerte Ausnahmefälle vorstellen, weil das Normale die freie Entwicklung der Unternehmen im grösseren Markt ist. Allerdings ist die generelle Schaffung weiterer gesetzlicher Erleichterungen für Unternehmensfusionen und Liquidationen dringlich.

Offen blieb bei dieser Betrachtung die zukünftige Einstellung zu dem Problem *marktbeherrschender Unternehmen*. Dies ist eine Frage, die nicht textil zu lösen ist, sondern nur im Rahmen der allgemeinen Gesetzgebung, und sie beschäftigt einige Regierungen der EWG im Gespräch mit der Kommission, und sie beschäftigt auch einzelne Regierungen draussen.

Manche der Fragen der Industriepolitik erscheinen in einer Hochkonjunktur weniger brennend als in einer Rezession. Sie würden aber pointierte Aktualität gewinnen, falls ein *gemeinsames europäisches handelspolitisches Konzept* auf schnellen totalen Verzicht auf mengenmässige und preis-mässige Kontrollen gegenüber den anomalen Einfuhren hinauslaufen würde. Dann würde ein Erdbeben der Struktur-anpassung erfolgen, in den einzelnen Ländern zwar unterschiedlich, weil der Prozess dort teilweise schon im Gange ist, aber im ganzen doch mit schwer zu verantwortenden Verlusten an volkswirtschaftlicher Substanz und mit einer Reduzierung der Beschäftigtenzahl, die eingangs einmal unter normalen Verhältnissen mit 300 000 für die nächsten sechs Jahre und für diesen Fall mit 600 000 sicherlich nicht zu gering bemessen ist. Diese Zahl würde hier und dort schwerwiegende sozialpolitische Probleme entstehen lassen, die von Gewerkschaft und Unternehmerschaft allein oder zusammen wohl nicht allein gemeistert werden können. Jede Strukturpolitik des Staates löst auf diesem Gebiet das Niedrigpreisproblem selbst nicht, weil die Divergenzen, solange sie anhalten, nicht durch höhere Produktivität kompensiert werden können.

Jede Lösung so oder so wird einen ziemlichen Einfluss auf die Ertragskraft gewinnen.

Ich komme zum Schluss: Jede Betrachtung über die Probleme einer europäischen Textilpolitik muss notwendigerweise generelle und textile Fragenkreise vermischen. Auch vermischt das Gesamtbild notwendigerweise die Einzelbilder, die sich für die einzelnen Branchen und Unternehmen stellen. Im ganzen scheint mir folgende Abschlussbetrachtung gerechtfertigt: Wir sehen eine nicht beunruhigende Verbrauchsprognose, einen schnellen technischen Fortschritt, der garantiert, bei den Wachstumsindustrien zu bleiben, und wir sehen eine kommende weitere Freistellung von Arbeitskräften im ganzen, die bei entsprechender, nicht überstürzter Entwicklung zu verkraften sein wird, die in unserem

Land sicherlich schwächer sein wird als in einigen anderen, und die zu einer ausserordentlichen Härte nur wird, wenn man in der Handelspolitik blind, ja dogmatisch vorgeht. Wir sehen den Ausnutzungszwang, den Zwang zur Fusion und den Zwang zur grösseren Einheit und zu kapitalintensiveren Konstruktionen. Wir erkennen bei der Betrachtung der Fragen des grösseren europäischen Marktes, dass der Gemeinschaft, die von Anfang an intern zu mehr politischer Kooperation zwischen ihren Mitgliedern bereit war, nun die Erweiterung des Integrationsraumes offensteht, soweit sich die Partner dieser allgemeinen Entwicklung einzuordnen bereit sind. Diese Kooperation beinhaltet eine gleiche Handelspolitik der EWG-Staaten, eine Harmonisierung der Steuer, des Wettbewerbsrechts, der Strukturpolitik und des Rechts zwecks Herstellung fairen Wettbewerbs zwischen den Unternehmen der Mitgliedstaaten. Man ist auf dem Wege, die sich daraus ergebenden Fragen zu lösen und in den nächsten Jahren zum Schluss zu bringen. Kernfrage bleibt die Problematik Wirtschaftsunion — Währungsunion. 10 Jahre dürfte dieser Prozess dauern. Gleichzeitig erkennt die Gemeinschaft die Notwendigkeit, nach differenzierten Lösungen mit den Neutralen zu suchen, soweit diese sich ihrerseits darum bemühen.

Der Erfolg des textilindustriellen Bemühens in unseren Ländern wird in der Zukunft sehr von der weiteren Entwicklung dieser Probleme abhängen. Insofern hoffe ich, mit den Betrachtungen über die aktuellen Probleme zugleich das mir ursprünglich gestellten Thema über die Zukunftsaussichten der europäischen Textilindustrie nähergekommen zu sein.

Literatur

Taschenbuch für die Textilindustrie 1970 — herausgegeben von Dr.-Ing. Max Matthes, Direktor i. R. der Staatlichen Textilfach- und Ingenieurakademie, Münchberg. 548 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, Tabellen, Tafeln, Rezepten und Berechnungen; Format 10,5 × 15,5 cm; dauerhafter, abwaschbarer Plastikeinband; Preis 15 DM. Fachverlag Schiele & Schön GmbH, Berlin, 1970.

Vor kurzem ist der Jahrgang 1970 des «Taschenbuches für die Textilindustrie» erschienen. Es bringt nicht nur wichtige Tabellen, Zahlentafeln und Uebersichten für die tägliche Praxis, sondern auch Berichte über neue Betriebserfahrungen, Maschinen und Hilfsmittel jeder Art auf dem gesamten Gebiet der Textiltechnik.

Texturseidenherstellung — 1. Auflage, etwa 224 Seiten, 132 Bilder, 7 Tabellen, 14,7 cm × 21,5 cm, Halbgewebeeinband, OM 7.30. VEB Fachbuchverlag Leipzig 1969.

Die Veröffentlichung behandelt kurz und einprägsam die Technologie des noch relativ jungen Gebietes der Texturseidenzwirnerie. Zur Orientierung werden alle Verfahren der Texturierung von Chemieseiden gebracht; ausführlich wird dann nur auf das Falschdrahtverfahren und dessen Modifizierung eingegangen. Dieses Gebiet wird umfassend mit Maschinen, Nachbearbeitung, Veredlung, Fertigungskontrolle, Einsatzgebieten und auch Arbeitsschutz behandelt. Damit sollen besonders den auf diesem Gebiet Arbeitenden grundlegende Kenntnisse über ihre Arbeit vermittelt werden.

Leserkreis: Lehrlinge und Facharbeiter in der Texturseidenzwirnerie, Ausbilder, Lehrer, Studenten.